

Global Governance – Chancen und Grenzen aus frauenpolitischer Sicht

von Eva Maria Hinterhuber, Berlin/Frankfurt (Oder)

Wie wirken sich Globalisierungstendenzen, wie die Entstehung internationaler Finanzmärkte oder der Siegeszug neuer, virtueller Informationstechnologien auf die Lebenssituation von Frauen aus?

Globalisierung als Chance?

Die Petersburger Frauenrechtlerin Ol'ga Lipovskaja schätzt die Konsequenzen der Globalisierung für Frauen in Rußland als ambivalent ein – Frauen seien zwar primär betroffen von den negativen Entwicklungen, gerade im Bereich sozialer Absicherung, auch träten neue Problemlagen und Marginalisierungsformen hinzu, wie beispielsweise der international agierende Frauenhandel, der in der Russischen Föderation ein alarmierendes Ausmaß erlangt hat. Andererseits jedoch sieht Lipovskaja auch die positiven Seiten der Entwicklung: Frauen profitierten z.B. von den neuen Informationstechnologien und nutzten diese zur Herausbildung von Netzwerken untereinander.

Diese Einschätzung findet sich auch bei der postmodernen Theoretikerin Saskia Sassen, die aber noch einen Schritt weiter geht und in der Globalisierung eine Chance für die internationale Frauenpolitik sieht: „Globalization is creating new operational and formal openings for the participation of non-State actors and subjects. Once the sovereign State is no longer viewed as the exclusive representative of its population in the international arena, women and other non-State actors can gain more representation in international law; and give new meaning to older forms of international participation, such as women's longstanding work in international peace efforts“ (Sassen 1996: 31).

Also frauenpolitisches Agieren auf internationaler Ebene statt auf der nationalstaatlichen als Erfolgsstrategie der neunziger Jahre?

Dieser Frage und dem an sie anschließenden Themenkomplex auf den Grund zu gehen, war Anliegen der von der Hessischen Gesellschaft für Demokratie und Ökologie und der Heinrich-Böll-Stiftung unter der Regie des Schwerpunktes Politikwissenschaftliche Frauenforschung der Justus-Liebig-Universität Gießen organisierten internationalen Tagung mit dem Titel „Global Governance – Politische Verhandlungssysteme und internationale Frauenpolitik“ (13.11.–15.11.1998 in Gießen), die somit das Thema Globalisierung einmal aus einer positiven Perspektive angehen wollte.

Dabei wurde die Tagung nach vier Gesichtspunkten strukturiert: Nach einer Einleitung von wissenschaftlicher Seite durch die erhellenden und durchaus gegensätzlichen Vorträge von Prof. Dr. Barbara Holland-Cunz und Dr. Uta

Ruppert wurde die Frage nach relevanten Verhandlungsereignissen, aber auch nach den positiven wie negativen Erfahrungen der Akteurinnen mit politischem Handeln auf internationaler Ebene erörtert.

In einem weiteren Schritt wandte man sich der Bewertung von Verhandlungsverfahren hinsichtlich ihrer Wirksamkeit aus frauenpolitischer Sicht zu. Von zentralem Interesse war hierbei, inwieweit unterschiedliche Verfahren – unabhängig von den verhandelten Inhalten – auch die Ergebnisse des Verhandlungsprozesses präformieren.

Noch einmal zurück auf eine grundlegendere Ebene führte der dritte Tagungspunkt, der sich mit den Potentialen der internationalen gegenüber der nationalen Verhandlungsebene auseinandersetzte.

Durch die Beteiligung aller Referentinnen an dem abschließenden *Round Table* zu den Chancen und (wünschenswerten, durchaus auch utopischen) Varianten von Verhandlungsprozessen aus frauenpolitischer Sicht gestaltete sich das Ende der Tagung eher als ein Ausblick auf die unter den verschiedenen Ansatzpunkten möglichen Strategien sowie deren Bewertung durch international agierende Akteurinnen.

Ausgangspunkt für die bereits in der Ankündigung zur Tagung postulierte These, daß in der Gegenwart „Governance statt Government ... die Perspektive erfolgreicher Institutionalisierung frauenpolitischer Fortschritte“ zu sein scheint, waren die frauenpolitischen Errungenschaften als Ergebnis von UN-Konferenzen wie in Rio de Janeiro, Kairo und Peking. Frauen sahen und ergriffen die Chance, auf die international normgebende Ebene der Vereinten Nationen Einfluß zu nehmen – ein Bestreben, das die Journalistin Christa Wichterich als „Suchbewegung nach Macht auf globalisiertem Terrain“ charakterisierte.

Scheinerfolge auf internationalem Parkett

Dabei war dieses Ansinnen zum Teil durchaus von Erfolg gekrönt: So stellte Dr. Flavia Pansieri von UNIFEM (United Nations Development Fund for Women) anhand des Beispiels der CEDAW (Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination against Women), einer der international akzeptiertesten Konventionen zum Schutz von Frauenrechten und deren Anwendung im nationalen Kontext, die Sinnhaftigkeit von Global-Governance-Instrumenten in den Vordergrund. Dabei hob sie die ursprünglich aus finanziellen Gründen entstandene, inzwischen jedoch als erfolgreich erprobte Zusammenarbeit von UNIFEM mit nationalen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) hervor.

Die vermeintlich positive Resonanz, auf die NGOs seit einiger Zeit in der internationalen Politik stoßen, vermag aber nicht darüber hinwegzutäuschen, daß dieses Feld, wie die Gießener Politologin Uta Ruppert hervorhob, nach wie vor hierarchisch, nicht-transparent und machtzentriert ist, um nur einige Eigenschaften zu nennen. Denn die neue Aufgeschlossenheit gegenüber NGOs in den internationalen Beziehungen ist vielfach nur eine „scheinbare Öffnung bei gleichzeitiger Verhaltensstarre“, zitierte die Sozialwissenschaftlerin Ruth Klingebiel Ulrich Beck.

Gerade die Umsetzung von internationalen Abkommen auf nationalstaatlicher Ebene und deren Kontrolle, die als das eigentliche Kriterium zur Messung des Erfolgs von Global Governance aus frauenpolitischer Sicht gesehen werden muß, stellt sich als sehr problematisch heraus. Zwar, so Ruth Klingebiel, ermöglichen die UN-Konferenzen eine Normsetzung aus Frauensicht; angesichts der oft mehr als zögerlichen Realisierung der Beschlüsse seitens der Unterzeichnerstaaten muß jedoch die Frage gestellt werden, ob die häufig postulierten Fortschritte in der internationalen Frauenpolitik nicht überschätzt werden. Eine schöne Metapher für diesen Zwiespalt fand Toko Matshe vom Women's Resource Center aus Zimbabwe: „Oftmals bekommen wir die Krümel vom Tisch und glauben, wir hätten gegessen“ – die Gruppe der NGO-Aktivistinnen sei zu schnell dankbar dafür, überhaupt mit dabei sein zu können.

Gleichzeitig fehlte es den Teilnehmerinnen an der Tagung nicht an Selbstkritik: Die bereits einleitend von Barbara Holland-Cunz aufgeworfene Frage nach der demokratischen Beschaffenheit der internationalen Zivilgesellschaft selbst wurde von verschiedenster Seite aufgegriffen. Auf den Bruch mit dem eigenen demokratietheoretischen Ideal durch die Dominanz der Perspektive bestimmter Weltregionen machte Ol'ga Lipovskaja aufmerksam und zog als Beispiel das Machtgefälle zwischen NGOs des Westens und den östlichen Organisationen, die vielfach finanziell von ersteren abhängig sind, heran. Christa Wichterich wiederum warnte nicht nur vor der Überschätzung des bereits Erreichten, sondern auch davor zu unterschätzen, daß die zunehmende Professionalisierung von NGO-Aktivistinnen zur Individualisierung führt und daß die Institutionalisierung von NGOs diese untereinander weiter differenziert.

Das Spannungsverhältnis von globaler und lokaler Ebene

Auf allgemeines Interesse stieß die Diskussion des Spannungsverhältnisses zwischen der globalen und lokalen Ebene: „How can local thinking and local acting transform the global thinking and acting?“, formulierte Vivienne Taylor von der für die Entwicklung des *empowerment*-Ansatzes bekannten südafrikanischen Organisation DAWN. Bei der Beantwortung dieser Frage kristallisierte sich ein bemerkenswerter Unterschied in Abhängigkeit von dem jeweiligen politischen System des Herkunftslandes der einzelnen Teilnehmerinnen heraus, der Dr. Jutta Joachim von der Universität Madison/Wisconsin zur folgenden These bewegte: Global Governance erweise sich insbesondere für NGOs aus Ländern ohne eine entwickelte Zivilgesellschaft als taugliches Instrument für (frauen-)politisches Engagement, während in Ländern mit einer intakten *civil society* das Augenmerk eher auf die lokalen Eingriffschancen gerichtet werden müsse. Für die Richtigkeit dieser These ließen sich auch Hinweise aus Rußland finden, wo vor allem von Seiten der Menschenrechtsorganisationen immer wieder betont wird, daß die versuchte Einflußnahme auf und im Idealfall eine Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen gegenwärtig die einzige Möglichkeit sei, die russische Regierung zum Umdenken und Handeln zu bewegen.

Verschiedene Ansichten waren in bezug auf die angestrebten Ziele vertreten. Flavia Pansieri argumentierte, indem sie Toko Matshes Bild vom gemeinsamen Mahl aufgriff, daß der erste Schritt sein müsse, an den Tisch zu kommen, um dann nach Tischmanieren verlangen zu können. Damit stieß sie auf erheblichen Widerspruch, den Vivienne Taylor folgendermaßen zum Ausdruck brachte: „We have to ask if we want a bigger piece of a rotten pie or whether we want to change the ingredients.“ Auch Toko Matshe unterstrich, daß sie keine Korrekturen, sondern Alternativen anstrebe. Als Mittlerin trat Helen O'Connell von der Londoner Organisation WIDE auf, indem sie argumentierte, daß erst die Kenntnis der Strukturen (ver-)handlungsfähig macht.

Eva Maria Hinterhuber promoviert derzeit an der FU Berlin und der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) in Politischer Wissenschaft.

Besuchen Sie die Homepage des Osteuropa-Instituts!

<http://userpage.fu-berlin.de/~oei>

Hier erfahren Sie mehr über die Schwerpunktgebiete und Kontaktadressen unserer MitarbeiterInnen, Veranstaltungstermine, osteuropabezogene Internetquellen usw.

Außerdem erhalten Sie Einblick in das aktuelle Kommentierte Vorlesungsverzeichnis und andere Publikationen des OEI.